



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/179 - 12-8.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Fall John vor dem Parlament	S. 1
Krise um Scelba	S. 2
Die Verlautbarungen von Frankfurt	S. 4

Der Bundestag muß eingreifen

r. Durch sozialdemokratische Initiative wird der Fall John endlich auch offiziell parlamentsreif. Auf alle die Fragen, die die SPD gestellt hat und die, neben anderen, seit drei Wochen die Öffentlichkeit brennend interessieren, hätte schon längst von den verantwortlichen Regierungsstellen eine Antwort gegeben werden können, wenn man den Mut dazu aufgebracht hätte. Der fortgesetzte Hinweis auf den Oberbundesanwalt hat in dieser eminent politischen Affaire nirgends anders als Drückebergerei gewirkt. Das Vertrauen weitester Bevölkerungskreise zur Demokratie, ihren Einrichtungen und regierungsverantwortlichen Persönlichkeiten ist durch dieses Verhalten schwer erschüttert worden. Das Vertuschen von Verantwortlichkeiten während der Amtsdauer Johns, der hilflose Appell an die Westmächte, für die Rückkehr Johns zu sorgen, die kolportagehafte Ausschreibung einer halben Million DM, als ob es sich nur um die Aufklärung eines erstklassigen Kriminalfalles handelte - die Dinge haben, neben anderen, weniger gewichtigen Mißgriffen, verheerend gewirkt. Die in Frankfurt gefasste sozialdemokratische EntschlieÙung hat zu alledem das Notwendige gesagt.

Diese Verlautbarung spricht von dem Verrat Johns an der Demokratie. Dieser Zusatz ist wesentlich. Johns Kritik am ProzeÙ der Renazifizierung in der Bundesrepublik und an der außenpolitischen Grundkonzeption der Bundesregierung an sich könnte, unabhängig wie weit sie zutrifft, gewiß nicht von vornherein als "Verrat" gewertet werden, wenn sie nicht eben vom Theatersaal des sowjetischen Propagandaministeriums geäußert worden wäre. Auf diesen Punkt waren ja auch besonders viele Fragen an ihn in der Pressekonferenz am Mittwoch gerichtet. Deshalb war auch seine Bemerkung, er sei und bleibe geistig so frei und politisch so unabhängig, wie er es immer gewesen sei, paradox, denn auf der anderen Seite sprach er von der Furcht vor seiner Verhaftung. Eines kann nur stimmen. Aber selbst wenn man seine angebliche politische Unfreiheit, die Ursache dieser Furcht, annimmt, so kann man nicht deshalb in ein System flüchten, das die politische Versklavung des Einzelnen zum obersten Grundsatz erhoben hat, wenn man einigermaßen glaubwürdig bleiben will.

Im Grunde geht es aber schon nicht mehr um die Person des Dr. John. Es geht um die Aufklärung der schweren Versäumnisse der Bundesregierung, insbesondere von dem Augenblick an, in dem John, aus welchen Gründen immer, verdächtig wurde. Und zahlreiche hochgestellte, verantwortliche Persönlichkeiten haben, unmittelbar nachdem er verschwunden war, versichert, John sei ihnen immer verdächtig gewesen. Und es wird weiter um die Frage gehen, wie man in der Zukunft maximale Sicherheit gegen solche Skandale schafft.

Sind die Tage der Regierung Scelba gezählt?

PE, Rom, Mitte Aug.

In dem Augenblick, in dem die beiden Kammern des italienischen Parlaments in die Ferien gehen, und die Regierung sich daher bis in den Herbst vor innerpolitischen Überraschungen gesichert fühlen könnte, verdichten sich wieder einmal die Krisengerüchte in Rom, und von den verschiedensten Seiten wird übereinstimmend versichert, dass die Tage des Kabinetts Scelba gezählt seien.

Nun ist ja die parlamentarische Basis dieser Koalitionsregierung zwischen Christlichen Demokraten, Sozialdemokraten und Liberalen mit Unterstützung der kleinen Republikanischen Partei in der Tat ziemlich schmal - ihre Mehrheit beträgt bestenfalls rund zwanzig Stimmen. Dennoch wäre auch mit dieser geringen Mehrheit eine gesetzgeberische Arbeit durchaus möglich, wenn Scelba des Rückhalts an seiner eigenen Partei, der Democrazia Cristiana, wirklich sicher sein könnte. Dies aber ist durchaus nicht der Fall.

Die Democrazia Cristiana ist eine Sammelpartei, in der sich, einzig durch das konfessionelle Moment miteinander verknüpft, die verschiedenartigsten Strömungen und Tendenzen zusammengefounden haben. Zwischen der Rechten innerhalb dieser Partei, die aus Vertretern des Großkapitals und des süditalienischen Latifundienbesitzes besteht, und der Linken, auf der die sozialreformatorisch eingestellten jüngeren Vertreter der Bewegung "Iniziativa democratica" zu finden sind, bestehen schroffe Gegensätze, die bisher immer wieder mühsam nach außen hin verkleistert wurden, die sich aber bei jeder günstigen Gelegenheit von neuem bemerkbar machen.

Ministerpräsident Scelba hat bei der Bildung seiner Regierung den beiden, numerisch schwachen Koalitionspartnern, Sozialdemokraten wie Liberalen, verhältnismäßig weitgehende Konzessionen gemacht. Sozialdemokratische Minister leiten das Finanzressort, das Ressort für öffentliche Arbeiten sowie das (hiervon unabhängige) Arbeitsministerium, und das Unterrichtsministerium ist dem Liberalen De Martino anvertraut worden - eine vom Standpunkt des Klerikalismus

sehr weitgehende Konzession. Es gibt nun aber innerhalb der Democrazia Cristiana sehr starke Kräfte, denen diese Nachgiebigkeit Scelbas gegenüber seinen Koalitionspartnern von allem Anfang höchlichst mißfallen hat und die sich nicht damit abfinden können, dass Vertreter der "Laienparteien" einen so wesentlichen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte gewinnen konnten. Diese eingeschworenen Klerikalen sind nach wie vor der Überzeugung, dass nur sie das Recht haben, in Italien Entscheidungen zu treffen, und der Gedanke, zu einer Zusammenarbeit mit freiheitlichen Parteien genötigt zu sein, ist ihnen geradezu unerträglich. Zu diesen weltanschaulichen Gesichtspunkten kommen dann noch persönliche Rivalitäten aller Art und der Sieg der Linken auf dem jüngsten Parteikongress der Democrazia Cristiana hat die Gefahr nur noch verstärkt, dass Übergangene und Ausgeschaltete sich bei passender Gelegenheit als "Tronchi tiratori", als "Heckenschützen" betätigen und unter dem Schutz der geheimen Abstimmung gegen die Regierung Scelba stimmen.

Gleich nach dem Wiederezusammentritt des Parlaments im Herbst wird das Budget des Innenministeriums beraten werden. Da Ministerpräsident Scelba gleichzeitig das Ministerium des Inneren leitet, dürfte dieser Teil des Staatsvoranschlags, für den der Regierungschef persönlich verantwortlich ist, eine besonders geeignete Zielscheibe für die "Heckenschützen" bieten, und es darf mit ziemlicher Bestimmtheit damit gerechnet werden, dass eine Reihe unzufriedener, christlichdemokratischer Abgeordneter gegen das Budget stimmen werden. Freilich hat die Regierung dann immer noch die Möglichkeit, die Vertrauensfrage zu stellen, über die namentlich abgestimmt werden muß; und wahrscheinlich werden dann die "Heckenschützen", wie sie dies in solchen Fällen bisher immer noch getan haben, für die Regierung stimmen. Aber dieses liebliche Spiel einer Reihe von Mißvergnügten, bei namentlichem Aufruf mit "Ja", bei geheimer Stimmenabgabe aber mit "Nein" zu stimmen, kann nicht ewig wiederholt werden. Einmal würde der Rücktritt der Regierung unvermeidlich.

Obzwar der jüngste Parteikongress den Gedanken einer "apertura a destra", das heißt einer Koalition der Democrazia Cristiana mit Monarchisten und Neufaschisten, auf das entschiedenste abgelehnt hat, gibt es auch heute noch viele christlichdemokratische Parlamentarier, die eine solche Lösung der gegenwärtigen Zusammenarbeit mit den verhassten "Laien" vorziehen würden. Sie glauben, dass ihr Weizen blühen würde, wenn es zum Sturze Scelbas käme. Aber auch jene andere Gruppe, die mit den Linkssozialisten liebäugelt, hat ihre Pläne noch lange nicht aufgegeben. Ihr Wortführer, der Kammerpräsident Gronchi, sieht sich nach wie vor an der Spitze eines zukünftigen Kabinetts, das sich auf einen Teil der Democrazia Cristiana und die Sozialisten Pietro Nenni stützen soll.

Kommuniqué über die gemeinsame Sitzung des Vorstandes der SPD und des Vorstandes der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion am 11. August in Frankfurt/Main

Die Lohnbewegung in der Bundesrepublik, der Fall John und die außenpolitische Entwicklung, wie sie vor allem durch die letzten beiden Noten der Sowjetregierung und ihre ablehnende Aufnahme durch die Bundesregierung gekennzeichnet ist, bildeten die Hauptthemen einer außerordentlichen Sitzung des Parteivorstandes und des Vorstandes der Bundestagsfraktion, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Frankfurt/Main unter dem Vorsitz Erich Ollenhauers abhielt.

Ihre Einberufung war notwendig geworden, weil sich in den angeführten innen- und außenpolitischen Fragen eine außerordentlich ernste Situation ergeben hat. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat in allen diesen Fragen durch ihre Führungsgremien klar Stellung bezogen - gegen die Regierungsversuche, den Fall John zu verharmlosen und die eigene Schuld an diesem politischen Skandal verdecken zu wollen, gegen die Versuche, den Arbeitnehmern auf die Dauer den ihnen zukommenden gerechten Anteil am Sozialprodukt zu verweigern und gegen die Tendenz von Regierung und Regierungsparteien, neue Verhandlungsangebote zur Frage der deutschen Wiedervereinigung zu ignorieren und dadurch abzulehnen.

Die gemeinsame Sitzung war von über 30 führenden Mitgliedern der SPD besucht. Der frühere Bürgermeister von Hamburg, Max Brauer, berichtete über die Lohnkämpfe in Hamburg. Er unterstrich dabei die "muster-gültige Streikführung" und die sachliche Notwendigkeit für die Streikbewegung. Die Vorstandsmitglieder der Partei bzw. der Fraktion, Haas-Nürnberg und Marx-München gaben ein Bild der Streiklage in Bayern.

Die Art und Weise, wie die Bundesregierung die letzten Sowjetvorschläge für eine Konferenz über die Frage der europäischen Sicherheit und die Wiedervereinigung Deutschlands abgelehnt hat, sei mit den deutschen Interessen an einer Wiedervereinigung unvereinbar. Jede Möglichkeit zu Verhandlungen über die europäische Sicherheit und die Wiedervereinigung Deutschlands sollte ausgenutzt werden, ohne dass man sich mit solcher Bereitschaft mit den Vorschlägen der Sowjets zu identifizieren braucht. Die angestrebten Ziele dieser Verhandlungen dürfen nicht zu Bedingungen für die Aufnahme solcher Verhandlungen gemacht werden. Die kürzliche Feststellung des Bundeskanzlers, für die Bundesregierung sei die Eingliederung in die europäische Gemeinschaft die vordringliche Aufgabe, bedeutet nach sozialdemokratischer Auffassung das Abgehen von der bisher vertretenen These, dass die Wiedervereinigung an erster Stelle jeder außenpolitischen Aktion zu stehen habe.

Die weitere Feststellung des Bundeskanzlers, dass ein wieder vereinigtes Deutschland nicht daran denken werde, aus der EVG auszutreten, bedeute die vorherige Festlegung einer frei zu wählenden gesamtdeutschen Regierung und erschwere damit ebenfalls das Ingangkommen von Verhandlungen über die Wiedervereinigung.

Zur Lohnbewegung in der Bundesrepublik und zum Fall John wurden besondere Entschliessungen gefasst.

Wortlaut der Frankfurter SPD-Entschließung zur Lohnbewegung:

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Vorstand der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion haben in ihrer gemeinsamen Sitzung sich u.a. mit der Situation beschäftigt, die sich aus den Streikbewegungen in den verschiedenen Wirtschaftsgebieten und in Hamburg ergibt.

Sie erklären ihre volle Sympathie für das Streben der Arbeitnehmer nach einer gerechten Erhöhung ihres Anteils am Sozialprodukt.

Dass die seit langem fällige Neuregelung der Arbeitseinkommen nur durch eine Unterbrechung des Arbeitsfriedens möglich wird, ist in erster Linie auf das Versagen der Bundesregierung zurückzuführen. Sie hätte durch eine Politik der Preissenkung einen Ausgleich erleichtern müssen. Die Senkung der Lebenshaltungskosten wäre auch der Weg gewesen, den breiten Schichten der mit festem Einkommen Lebenden, der Rentenempfänger, zu einer Besserung ihrer harten Lage zu verhelfen. Statt dessen stößt die Bundesregierung denjenigen Kräften im Arbeitgeberlager den Nacken, die zu keinerlei Zugeständnissen bereit sind, obwohl es noch in jüngster Zeit möglich war, Verbesserungen der Arbeitseinkommen in friedlicher Übereinkunft in den Metallindustrien Baden-Württembergs und Hamburgs zu erzielen.

Die Sozialdemokratie erwartet, dass die gerechtfertigten Ansprüche der Arbeitnehmer sich durchsetzen. Sie erkennt an, dass der bisherige Verlauf des Streiks in Hamburg, der unter den besonders schwierigen Umständen eines Arbeitskampfes in Versorgungsbetrieben geführt werden muß, mustergültig war und erwartet, dass die Notstandsarbeiten, entsprechend den Richtlinien des Deutschen Gewerkschaftsbundes, durchgeführt werden, um einen allgemeinen Notstand zu verhindern.

Die Sozialdemokratie wendet sich gegen die Absichten von Kreisen der Bundesregierung, durch ein Zwangslichtungssystem die Freiheit der Auseinandersetzung zwischen den Sozialpartnern zu erdrosseln.

Wortlaut der Frankfurter SPD-Entschießung zum Fall John:

Die Massnahmen der Bundesregierung im Fall John sind eine Kette von Mißgriffen.

Die falsche Handlungsweise der Bundesregierung, insbesondere ihre Unterlassungen, haben die durch Johns Verrat an der Demokratie ausgelöste Vertrauenskrise verschärft.

Die Bundesregierung hat ihre Pflicht, das Bundesamt für Verfassungsschutz zu beaufsichtigen, versäumt. Sie selbst hat dieses Amt zur Bespitzelung demokratischer Politiker missbraucht und dadurch jenen zwielfichtigen Untergrund verschuldet, der erst den Skandal ermöglichte.

Der Versuch der Sozialdemokratie im Bundestagsausschuss für Verfassungsschutz Aufklärung zu erlangen, hat bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt, weil die Bundesregierung ausweicht. Das Ausschreiben einer Prämie von einer halben Million D-Mark, das Auslieferungsverlangen und der Versuch, die Verantwortung dem Oberbundesanwalt zuzuschieben, sind Verdunklungsmanöver. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands beharrt demgegenüber auf einer restlosen Aufhellung der Zusammenhänge und der Verantwortlichkeiten.

Die SPD verlangt, dass sofort eine außerordentliche Sitzung des Bundestages einberufen wird. Sie wird die Fraktionen der Regierungskoalition auffordern, sich diesem Verlangen anzuschließen.

Die SPD hat ferner beschlossen, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu beantragen. Nur eine rücksichtslose Aufklärung des Falles kann das Vertrauen zur Demokratie wiederherstellen. Die Aufklärung muss auch zeigen, welche Eingriffe notwendig sind, um künftig einen Mißbrauch des Verfassungsschutzes zu verhindern. Insbesondere muß gewährleistet werden, dass die mit dem Verfassungsschutz betrauten Ämter und Personen nicht zugleich im Dienste fremder Mächte arbeiten.

Die SPD wird auch beantragen, dass der Bundestag das Verhalten des Bundesinnenministers Dr. Schröder missbilligt. Sie hält seinen Rücktritt für geboten.